

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872

28.6.1872 (No. 151)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. Juni.

N: 151.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsass und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühren eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 7 kr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† Berlin, 26. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Oberregierungspräsidenten Wolff zum Regierungspräsidenten in Trier, das Gesetz betr. die Festsetzung des Reichshaushalts von 1872, sowie die Regelung des Reichshaushalts von 1871, ferner das Gesetz betr. den Termin der Wirksamkeit der deutschen Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen, sowie den außerordentlichen Geldbedarf für die Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

† Straßburg, 26. Juni. Laut Verfügung des General-Kommandos und des Oberpräsidiums haben die Maires sofort mit der Aufstellung der Militär-Stammrollen für die Oktober-Aushebung zu beginnen.

Deutschland.

† Straßburg, 26. Juni. Heute wurde vom hiesigen Zuchtpolizei-Bezirke der französische Kurier, der vor 14 Tagen einen deutschen Militärposten thätlich beleidigte, zu 8 Tagen Gefängnis verurtheilt. Die Strafe ist dem übermüthigen jungen Manne, der sich bekommen ließ, aus Frankreich zurückkehrende elssässische Soldaten wegen ihrer Option für Deutschland zu beschimpfen, und deswegen auf dem hiesigen Bahnhöfe durch einen Militärposten zurechtgewiesen wurde, recht heilsam.

Straßburg wimmelt jetzt von Fremden und die Geschäftstreibenden haben wohl selten bessere Geschäfte gemacht. Die Bevölkerungsziffer hebt sich überhaupt in solcher Weise, daß hier bereits ein fühlbarer Wohnungsmangel zu Tage tritt, trotzdem fast alle niedergeschossenen Häuser wieder aufgebaut sind.

† Aus Elsaß-Lothringen, 26. Juni. Ueberall werden im Augenblicke Klagen laut über den Mangel an Arbeitern. Namentlich leidet die Landwirtschaft sehr darunter. Durch die verschiedenen Festungs- und Eisenbahnbauten ist den Handarbeitern ein so hoher Lohn geboten, daß sie nicht mehr bei den Bauern arbeiten mögen, der ihnen denselben Lohn kaum geben kann. Für die beginnende Heuernte hat sich dieser Mangel noch fühlbarer gemacht. Im Kreise Zabern und anderswo ist daher für die Primärschulen eine Vakanz bewilligt worden, mit der sehr praktischen Einrichtung, daß jede Gemeinde sich die bestimmte Vakanzzeit je nach eintretendem Bedürfnis nehmen kann. Im Kreise Saargruben ist dagegen keine Vakanz bewilligt worden, nur Kinder über 10 Jahren dürfen den Nachmittag entlassen werden. Morgens müssen sie die Schule von 7—10 Uhr besuchen. Die Einrichtung im Kreise Zabern findet natürlich großen Beifall. Eine ein-

heitliche Anordnung wäre vielleicht wünschenswerth gewesen. Aus dem Kreise Chateau-Salins verlautet, daß die Schuleinrichtung noch nicht weit gediehen sei. Es soll dort noch keine Versammlung eingeleitet worden sein und ist deshalb der Schulbesuch schlechter als je.

† München, 26. Juni. Obgleich der Landtag namhafte Summen zur Aufbesserung der Lehrergehälter bewilligt hat, forderte die Kreisregierung von Oberbayern neuerdings doch auch noch die Distriktsbehörden auf, aus ihren Distrikten die Lehrer in Vorschlag zu bringen, welche sie als die einer Remuneration würdigsten und als einer Unterstützung bedürftigsten erachteten. Nachdem diese Vorschläge erfolgt sind, hat jeder dieser Lehrer eine Remuneration bezw. Unterstützung von 20—30 fl. erhalten, was eine Ausgabe von 4000 fl. entziffert. — Der königl. preussische Justizminister v. Leonhardt, der vorgestern hier eingetroffen, ist heute nach Salzburg weiter gereist.

† Offen, 24. Juni. Auf der Krupp'schen Fabrik ist heute folgendes sehr pikante Plakat angeschlagen worden, das die „Offener Zig.“ mittheilt:

An die Arbeiter der Gussfabrik! Vor 45 Jahren stand ich in den ursprünglichen Kammern dieser Fabrik, dem väterlichen Erbe, mit wenigen Arbeitern in einer Reihe. Der Tagelohn für Schmelze und Schmelzer war damals von 8 Stüber auf 7 1/2 Sgr. erhöht; der ganze Wochenlohn betrug 1 Thlr. 15 Sgr. Fünfundsechzig Jahre lang habe ich gerade so viel erworben, um den Arbeitern ihren Lohn auszubezahlen zu können; für meine eigene Arbeit und Sorgen hatte ich weiter nichts, als das Bewußtsein der Pflichterfüllung. Bei dem Wechsel der allgemeinen Verhältnisse und dem fortschreitenden Gedeihen der Fabrik erhöhte ich allmählich die Löhne, als Regel immer freiwillig, jeder Erinnerung zuvorkommend, und diese Regel soll in Kraft verbleiben. Eine nützliche Einrichtung nach der andern ist getroffen und viele stehen noch bevor; die äußersten Kräfte sind bis heute angespaunt worden im Interesse der Arbeiter; die in Angriff genommenen Wohnungen gehen in die Tausende. Wenn bei Verleumdungen aller Art die neuesten dornigen Dornen, wenn Bestellungen fehlen, so habe ich dennoch arbeiten lassen, niemals einen treuen Arbeiter entlassen. Es sind noch viele Aste da, die dies bezeugen können. Fraget sie, was im Jahr 1848 für die Arbeiter geschehen ist. Die späteren Opfer der Kriegsjahre sind übrigens Allen bekannt. Wer berechnet die Opfer der jetzigen Kohlennoth? Gegenseitige Treue hat das Wert so groß gemacht. Ich weiß es, daß ich Euer Vertrauen verdiene und bestrebe, und darum will ich diese Worte an Euch richten. Ich warne, bevor ich Anklage habe, über Unruhe und Widerstreben mich zu beklagen, vor dem Loos, welches herumtreibende Aufwiegler und Zeisigfresser unter dem Scheine des Wohlwollens und unter Mißbrauch von religiösen und sittlichen Sentenzen dem großen Arbeiterstande zu bereiten bestritten sind. Ihre Ernte wird beginnen, wenn sie durch falsche Verlockung unwiederbringlich die Existenz Eures Standes untergraben haben werden; sie wollen den allgemeinen Untergang, um dann mit ihrem Einfluß im Erlösen zu fischen. Man erkundige sich nach der Vergangenheit dieser Noth, nach ihrem häuslichen und sittlichen Lebenslauf. Die Geldbeiträge der Arbeiter für mündlichen und schriftlichen Stempel sind ihnen eine bequemere und angenehmere Beute, als reelle Arbeit sie bietet. Die „Offener Blätter“ unter anderen bestreben sich, durch Erfindungen aller Art den Charakter der Bewaltung meiner Fabrik zu verächtigen und bringen zum Zweck des Aufwiegens gefesselt die Nachricht, daß die Konferenz gewohnenmaßen für eine Gattung Feuerarbeiter eine bedeutende Lohnerhöhung bewilligt habe. An diese und ähnliche plumpe Lügen böser Geister knüpfte ich

nun folgende warnende Versicherung. Nichts, keine Folge der Ereignisse wird mich veranlassen, mir irgend etwas abtrotzen zu lassen. Die Verwaltung wird mit dem bisherigen als Gesetz bestehenden Wohlwollen fortfahren, die Fabrik zu führen im Geiste meiner Grundsätze, und so lange für meine Rechnung, als ich die Arbeiter nach wie vor in bewährter Treue als die Angehörigen des Establishments betrachten werde. Daß ich täglich meine Stellung an Andere übertragen kann, und daß irgend welche Gesellschaft von Kapitalisten an Wohlwollen und Opferwilligkeit mich nicht übertreffen würde, unterliegt wohl keinem Zweifel. Es wird wohl Niemand glauben, daß ich aus Dürft nach Gewinn der Mühe und Arbeit mich unterziehe, welche mit der Verwaltung eines solchen Geschäftes für eigene Rechnung verbunden ist. Jedermann weiß, wie ich seit jeher den Arbeiter und die Arbeit geschätzt habe. Jedermann möge aber auch versichert sein, daß eine Verleumdung meiner Gesinnung die eingewurzelte Vorliebe für sie auszurotten im Stande sein würde. Jedermann sei überzeugt, daß ich in meinen Beschlüssen nicht wankte, daß ich wie bisher nichts verheiß ohne Erfüllung. Ich warne nochmals vor den Verlockungen einer Verschwendung gegen Ruhe und Frieden. Es ist im Kreise meiner Unternehmungen dem braven ordentlichen Arbeiter die Gelegenheit geboten, nach einer mäßigen Arbeitsfrist im eigenen Hause seine Pension zu verzehren — in einem so günstigen Maße, wie irgendwo anders in der Welt. Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungerechtfertigte Anforderungen ab, werde wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvorkommen, fordere daher alle diejenigen, welche damit sich nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorkommen und so in geistlicher Weise das Establishement zu verlassen, um Andern Platz zu machen, mit der Versicherung, daß ich in meinem Hause wie auf meinem Acker den Herr sein und bleiben will. Alfred Krupp.

† Dortmund, 26. Juni. Man meldet der „Ziff. Zig.“: So eben werden Plakate angeschlagen, wonach eine große sozial-demokratische Volksversammlung über den Bergwerks-Strike morgen stattfindet. Die Ausregung ist sehr groß. Hauptredner werden Tölcke und Richter sein.

† Dresden, 25. Juni. Nach dem „Dr. J.“ sollen während der Herbstübungen beim sächsischen Armeekorps keine größeren Manöver stattfinden.

† Bremen, 24. Juni. Der hiesige Senat hat bei der Bürgererschaft eine Revision der bestehenden Zivilstands-Ordnung und die Einführung der Zivilehe beantragt. Ob der Senat die obligatorische Zivilehe für richtig hält, ist zwar nicht ausgesprochen, doch läßt der ganze Inhalt seiner Mittheilung dies kaum bezweifeln.

† Bremen, 25. Juni. (Wes. Zig.) Der Chef der Admiralität, Hr. General v. Stosch, welcher hier eingetroffen ist, wird sich einige Tage hier und in den Hafenstädten aufhalten. Der Besuch gilt u. A. der Inspektion der zur Küstenbefestigung in Ausführung begriffenen Werke und dem Baue der bei der Vertheidigung mitwirkenden Fahrzeuge.

† Berlin, 25. Juni. Der Gesetzentwurf über die Einführung des Grundbuchs in Neu-Vorpommern sowie in Schleswig-Holstein und in Hessen-Nassau wird dem Provinzial-Landtag von Schleswig-Holstein sowie dem Kommunal-Landtag für Neu-Vorpommern, Hessen und Nassau zur Begutachtung vorgelegt. Alle diese Landtage treten wahrscheinlich im Laufe des nächsten Monats zusammen, um außerdem auch noch andere Aufgaben zu erledigen. — Dem

Ein verhängnisvolles Motto.

(Fortsetzung.)

Margaret sprang wie elektrifizirt in die Höhe; jeder Blutstropfen wich aus ihrem Gesicht und ein heftiges Zittern lief abermals durch ihre garte Gestalt. Es war Clyde Wentworth, der so eben gerufen hatte — endlich, endlich war sie ihm nahe.

„Sind Sie's, Martha?“ fragte dieselbe Stimme von der obersten Stufe der Treppe, welche, wie die meisten Treppen in den Cottages, direkt aus dem Wohnzimmer der Familie in den obern Stock führte.

„Nein, ich bin's, Clyde“, brachte Margaret mühsam heraus.

„Und wer ist das, Martha?“ ist's Wort!

Auf diese Worte erfolgten schwere Tritte die Treppe herunter und eine Minute später — stand Clyde Margaret gegenüber.

„Margaret — Mrs. Dethell!“ verbeisterte er sich stammelnd, mehrere Schritte zurückfahrend. „Sie hier?“ fügte er kaum hörbar hinzu, nachdem er einen Moment vollständig fassungslos gewesen und es vermieden hatte, Margaret's Augen zu begegnen.

„Ja, ich bin hier,“ erwiderte diese leise, ihn voll schmerzlichen Erstaunens anblickend. „Du erscheinst nicht erfreut über meinen Anblick, Clyde?“

Wentworth gab keine Antwort und sank auf einen Stuhl nieder, der nahe bei ihm stand und stützte den Kopf auf die Hand.

„Was bedeutet dies Alles?“ fragte Margaret, ihn mit weit aufgethanen Augen fortwährend starr anblickend.

„Vergieb — bitte vergieb; du kannst so unerwartet, daß ich —“

„Unerwartet“, wiederholte sie gehetzt mit einem unglücklich schmerzvollen Tone. „Unerwartet! Wie, hast du keine Briefe erhalten, in denen ich dir meine bevorstehende Ankunft in London anzeige? Ich schrieb deren zwei.“

„Ja — ich weiß dies — ich erhielt beide, aber —“

„Aber was?“ unterbrach ihn Margaret mit bleichen zuckenden Lippen. „Ich kann dein seltsames Gebahren nicht verstehen, Clyde; sag was hast du, was ist dir?“ Ich bitte — nein ich verlange, daß du dich ansprichst! Ich kam hieher — die Liebe zu dir trieb mich an, dir an diesen Ort zu folgen — und du empfängst mich wie eine Fremde — wie eine, die du haßest und deren Anblick du verurtheilst. Sprich Clyde, was ist das, was dir ein Recht gäbe, mich auf so grausame, so verletzende Weise zu behandeln!“ Mit diesen Worten erhob sich Margaret und schritt hoch und stolz aufgerichtet vor Clyde hin.

Clyde wandte den Kopf auf die Seite. Er sah ein, daß er die Wahrheit sagen müsse, allein er beiriet noch in seinem Innern, wie er ihr dieselbe auf eine möglichst schonende Weise gestehen solle. Er hätte viel darum gegeben, ihr dieselbe erparten zu können, denn er erkannte, daß Margaret ihn mit aller Kraft ihres Herzens heiß und tief liebte und daß das, was er ihr sagen mußte, dieses Herz vernichtend treffen würde, wie ein Hagelschlag die goldenen Saaten im Sommer.

„Nun, Clyde?“ rief Margaret, als dieser noch immer schweigte, und in ihren Augen leuchtete ein seltsamer Strahl.

„Mrs. Dethell.“ — hob Clyde endlich zögernd an — „als Ihre Hand jene Worte schrieb, welche mir sagten, daß ich lernen sollte Sie zu vergessen, da glaubte ich fest, ich würde nie fähig sein, dieser Anforderung zu gehorchen. Das Leben, das ohne Sie seinen Werth verloren, wurde mir zu einer unerträglichen Bürde und ich beschloß — dieselbe von mir zu werfen. Ein Engel bewahrte mich vor dem Selbstmorde — die Last wich allmählich von meiner Seele: ich bin, Gott sei gepriesen, genesen an Leib und Seele.“ Hier hielt Clyde inne und warf einen süchtigen besorgten Blick auf die wankende Gestalt vor ihm.

„Fahre fort, fahre fort!“ sagte Margaret in seltsam heiserem Tone, die kleinen Hände fest auf die hämmernenden Schläfe pressend.

„Sie sind krank“, sagte Clyde herzlich; „lassen Sie mich Ihnen ein

glas Wasser holen oder Sie auf einige Minuten in die frische Luft führen.“

„Danke, ich bin nicht krank,“ war ihre kalte, fast unhörbare Antwort. „Es war nur eine Anwendung von Schwäche und diese ist bereits bekämpft. Jetzt fahren Sie fort, ich bitte!“

„O, Mrs. Dethell, ich wünschte von ganzem Herzen, daß dieser qualvolle Auftritt uns erpart geworden wäre!“

„Auch ich wünsche das,“ erwiderte sie in eigem Tone, „da es aber nun einmal nicht sein kann, so lassen Sie es uns wenigstens so kurz als möglich machen. Ich kann, denke ich, Ihnen helfen mit den wenigen Worten: Clyde Wentworth, Sie haben aufgehört, mich zu lieben!“

Clyde neigte das Haupt und bedeckte sein Gesicht mit beiden Händen. Der vernichtende Schlag war gefallen, die Hoffnungen, welche Margaret an diese Stunde geknüpft, lagen in Trümmern, und wild, wie die Fluthen, welche schäumend und zischend ihren Damm durchbrechen, so brach sich der lang verhaltene Schmerz, das furchtbare Weh der Enttäuschung Bahn über die Lippen des unglücklichen Weibes:

„Thörin, Thörin, die ich gewesen!“ rief sie in einem Tone so unsagbaren Seelenschmerzes aus, daß er Clyde erbeben machte. — „Und ich gab diesem Manne mein ganzes Herz — jede Faser, jeden Nerv — war eifens bereit, ihm meine Ehre und meinen Seelenfrieden zum Opfer zu bringen, — und dies Alles für ein solches Ende — Alles für diese Stunde.“ Ein krampfhaftes Schluchzen erschütterte den zarten Körper — die Stimme versagte ihr. (Fortsetzung folgt.)

— Kaiserslautern, 25. Juni. Sr. Maj. der König hat den Staatsminister des Innern, Hr. v. Pfeufer, beauftragt, die Eröffnung der pfälzischen Industrie-Ausstellung am 14. Juli in seinem Namen vorzunehmen. Je mehr wir uns diesem Zeitpunkt nähern, desto lebhafter wird es inner- und außerhalb der Ausstellungsräume.

Bernehmen nach wird der Geh. Ober-Regierungsrath Stiehl, vortragender Rath im Unterrichtsministerium, am 1. Juli einen mehrentägigen Urlaub antreten. Wohl nicht mit Unrecht erblickt man darin das Vorzeichen seines Rücktritts.

* Berlin, 25. Juni. Wie der „Köln. Zg.“ mitgetheilt wird, erfolgte die Annahme des Jesuiten-Gesetzes im Bundesrath einstimmig, mit alleiniger Ausnahme von Neuchâtel, welche es unerwartete Bedenken der Kompetenz und Souveränität hatte. Auch Bayern stimmte für das Gesetz und sprach sich bezüglich des bayrischen Reservatrechtes ähnlich aus wie schon Minister Häußle im Reichstage gethan hatte. Die Ausschüsse werden sich nunmehr mit den Ausführungsbestimmungen beschäftigen. Die so gut wie einstimmige Annahme des Gesetzes hat überall, wo sie bekannt wurde, großes Aufsehen gemacht. — Der Ausschuss des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen hat zur Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze wegen Erhebung der Brausteuer eine Denkschrift ausgearbeitet, welche denjenigen Bundesstaaten, in welchen die Brausteuer gemeinschaftlich ist, zur Begutachtung mit der Mahngabe zugehen soll, daß die Rückübernahme noch im Laufe des Monats Juli an das Reichskanzleramt gerichtet werden möge. Die Denkschrift verbreitet sich über vier Hauptpunkte: die Zulässigkeit des steuerfreien Uebergewichts, die Fixirung der Steuern mit den Brauern, die Einrichtung der Brausteuer und die Exportvergütung. — Auch mit Norwegen ist ein neuer Postvertrag abgeschlossen worden.

Oesterreichische Monarchie.

Vesth, 24. Juni. (N. Fr. Pr.) Die Wahlacte gestalten sich mitunter zu wahren Schlachtscenen. In Verbo (Neutraer Komitat) stürzten sich die Wähler Paulini-Tot's auf das Militär, welches darauf Feuer gab, so daß 4 Tode und 8 Schwerverwundete auf dem Platze blieben. In Darda wurden die Deakisten durch Prügel trotz Militärassistenten gezwungen, den Wahlplatz zu verlassen. In Szoboslo wurde in die Wohnung des Wahlpräsidenten hineingeworfen, so daß die Wahl stillstehen mußte. Im Monorer Bezirke wurde ein Deakist todtgeprügelt. In Abony (Pesther Komitat) machte sich die Linke den Späß, die Kiste, welche die deakistischen Stimmstöße enthielt (das Pesther Komitat hat nämlich die geheime Abstimmung mit 5 Fuß langen Stangen beschlossen), anzuzünden. Die Wahl wurde von Seiten der Linken natürlich fortgesetzt und beendet.

Schweiz.

† Bern, 26. Juni. Der Bundesrath hat zur Befreiung der Kosten der schweizerischen Beteiligungen an der Wiener Welt-Ausstellung der betr. Kommission 400,000 Fr. Kredit eröffnet. Gestern überreichte der neue bayrische Gesandte v. Rietzhammer seine Beglaubigungsschreiben.

Italien.

— In Paris wollte man am 24. Juni wissen, daß der Papst fränker geworden sei, und der päpstliche Nuntius, der erst später abreisen wollte, werde deshalb unverzüglich seine Reise nach Rom antreten. Wie dem sei, das künftige Konklave wird bereits seine Schatten voraus, die nächste Papstwahl wird überall lebhaft erörtert. Die Aussichten, daß Pius IX. einen verjöhnlicher denkenden Nachfolger erhalten werde, mit dem nächst Italien und weiterhin die übrige Welt in leidlichem Frieden leben könnte, scheinen mehr und mehr zu schwinden. Wenigstens zweifeln die Jesuiten nicht an ihrem Siege. Der Wiener „Presse“ wird aus Rom geschrieben: „Was der Jesuitenpartei zu statten kommt, ist, daß dieselbe in der Person, die sie für den Nachfolger Pius IX. designirt hat, vollständig einig und keine Stimmzerspaltung zu fürchten ist, da die Partei sich entschieden für den Generalvikar, Kardinal Patrizzi, der schon lange ein gefügiges Werkzeug in ihren Händen ist, erklärt und jede andere Kandidatur ausschließt.“ Bekanntlich hat die „Spen. Ztg.“ die Nachricht gebracht, es bestehe eine päpstliche Bulle vom Jahre 1870, wonach die Papstwahl unter Umgehung der üblichen Formalitäten, und namentlich nicht erst nach einem neunzigstägigen Termin, sondern wie der römische Kunstausschuss lautet: praesente cadavere stattfinden soll. Hiezu bemerkt der ultramontane „Univers“: „Wir wissen zwar nicht, ob eine solche Bulle vorhanden ist, aber es ist wahrscheinlich, daß die nöthigen Maßregeln getroffen sind, um die freie (!) Wahl des Papstes zu sichern. Das Recht des regierenden Papstes, solchen Eventualitäten gegenüber Fürsorge zu treffen, ist nicht zweifelhaft, und alle Proteste, zumal die des Fremdlinges, vornehmlich des Keisers, würden daran nichts ändern.“ Es geht dies selbstverständlich an die Adresse des Deutschen Reichs und ist die Antwort auf die neulich von der „Nord. Allg. Ztg.“ in das Berathungszimmer des heil. Kollegiums gerichtete Warnung.

Frankreich.

CH. Paris, 25. Juni. In Folge des Artikels von John Lemoyne gegen die Fraktionen der Rechten ist im „Journ. des Deb.“ eine Aenderung eingetreten, indem Hr. St. Marc Girardin aufgehört hat, daran mitzuwirken. Es heißt, daß derselbe künftighin sich an „Journ. de Paris“ betheiligen wird. — Zum Präsidenten der Reunion der Reservoirs (Rechte und äußerste Rechte) wurde an Stelle des Hrn. Depeyre Hr. v. Larcy gewählt. — Heute fand unter großer Betheiligung das Leichenbegängniß der Mutter der Herzogin von Malakoff statt, welche beim Eisenbahn-Unglück bei Juvisy auf der Linie von Orleans getödtet wurde. — Die Armeekorps von Paris, sowie das von Lyon und die Divisionen der Provinz werden dieses Jahr, in dem Maße, wie es der Platz erlaubt wird, große Manöver, ähnlich denen, welche man in Deutschland macht, durchführen. Sie werden erst nach

Paris, 25. Juni. Sitzung der Nationalversammlung vom 24. Juni.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Kommission für das Budget von 1872, betreffend die neu zu dekretirenden Steuern. Der Finanzminister Hr. v. Goussard gibt, nach einigen einleitenden Bemerkungen folgende Darlegung:

Als wir das Budget von 1873 einbrachten, wurden unsere Ausgaben auf 2388 und unsere Einnahmen auf 2406 Millionen veranschlagt, so daß sich also ein Einnahmehüberschuß von 18 Millionen ergab. Dabei war die Einführung neuer Steuern in Höhe von 120 Millionen vorausgesetzt. Dazu treten nun aber noch einige neue Posten, nämlich 30 Millionen Mehrbedarf für die Verzinsung unserer Kriegsschuld, da diese sich nach der Emission des neuen Anlebens höher stellen wird als 5 Prozent, wie wir sie in das Budget eingestellt haben, 10 Millionen für Armeeaussgaben in Folge des neuen Organisationsgesetzes, endlich ein bei der Einführung neuer Steuern immer unausbleibliches Defizit in den ersten Erhebungen, da die Betroffenen am Vorabend bedeutende Vorräthe des neu eingeführten Objektes eingekauft haben und der Schmuggel im Anfang noch nicht mit der nöthigen Energie verfolgt werden konnte. Danach werden Alles in Allem nicht 120, sondern 200 Millionen durch neue Steuern aufzubringen sein. Ich will nun die Vorschläge der Kommission zur Deckung dieser Bedürfnisse einzeln durchgehen. Bei der Einkommensteuer brauche ich mich nicht mehr aufzuhalten, da dieselbe am 27. Dezember v. J. durch ein denkwürdiges Votum bei Seite gesetzt worden ist. Die Kommission beantragt zunächst eine 3prozentige Steuer auf die beweglichen Werthe mit Ausnahme der Staatsfonds, dann einen Abzug von allen Staatsgehältern über 1500 Fr. eine Steuer auf Hypotheken und andere Schuldverschreibungen, endlich eine Besteuerung der Handelsumsätze. Was die beweglichen Werthe betrifft, so hätte die Regierung dieselben gern einer Auflage unterzogen; allein, da eine solche Maßregel die ausländischen Werthe bald unserem Markte entzogen würde, so stehe sie nur unsern einheimischen Papieren zur Last und würde das Kapital diesen abwendig machen und den Umsatz zu führen. Daß wir aber die fremden Werthe nicht in Mitleidenschaft ziehen können, ohne die schwerste Verwirrung über unsern Geldmarkt zu bringen, hat sich erst kürzlich herausgestellt, als wir das Gesetz vom 31. März, betreffend den Uebertragungsempfel, sofort wieder modifiziren mußten. Die Hypothekensteuer würde nicht den Reichthümern, sondern den Darlehensnehmern treffen; das wird in der Spezialdebatte näher ausgeführt werden können. Mit besonderer Vorliebe warf sich die Kommission auf die Besteuerung der Handelsumsätze. Sie übersah, daß die Ziffer der Umsätze durchaus nicht den richtigen Maßstab für den damit erzielten Gewinn gibt, daß dieses Verhältnis zwischen Umsatz und Gewinn vielmehr in's Unendliche variiert, endlich daß die Steuer an eine inquisitorische Kontrolle geknüpft ist, mit der sich unser Nationalcharakter nun einmal nicht verträgt.

Die Regierung konnte sich also mit diesen Anträgen nicht befreunden und macht dagegen folgende Vorschläge: Zunächst ist und bleibt sie überzeugt, daß wir einen bedeutenden Theil unseres Bedarfs von den Rohstoffen erfordern können (Unruhe links), 170 bis 180 Millionen. Die nach dem Votum vom 19. Jan. von Ihnen ernannte Tariffkommission ist zu einer Ziffer von 93 Millionen gelangt, die von den Rohprodukten und Weibstoffen erhoben werden könnten. (Hr. Johnson: Das ist das Gutachten der Minorität der Kommission!) Es mag sein, daß die Kommission jetzt selbst ihr Werk verläugnet; das kommt davon, wenn man sie aus allzu sachverständigen Spezialisten zusammensetzt. (Heiterkeit.) Genug, die Regierung läßt diese Ziffer gelten und kann durchaus nicht zugeben, daß sie auf Illusionen beruht. Nach den verflochtenen Erhebungen stehen darin 42 Millionen, die mit den Vertragstarifen nichts zu thun haben, 18 Millionen, die binnen einem Jahre, sobald die Handelsverträge mit England und Belgien aufgehoben sind, eingehen würden, und nur 33 Millionen, für die es noch neuer Unterhandlungen bedürfte. Nehmen wir also nur 60 Millionen an, so bleibt noch ein bedeutendes Defizit zu decken. Nach langer und rastloser Prüfung müssen wir, nicht ohne Selbstüberwindung, in Vorschlag bringen: einen Zuschlag von 15 Centimen auf die vier direkten Steuern (Bewegung. Hr. Thiers: Wohlgehemmt, eine provisorische und durchaus temporäre Steuer! Hr. Lesfourgie: So zu sagen, der essai loyal einer Steuer! Heiterkeit.) einen Decimen auf das Salz, endlich gewisse Maßregeln zur Verhütung von Defraudationen bei der Alkoholfsteuer. (Bewegung.) Erwinnern Sie sich, daß zu der Zeit, wo wir in Bordeaux zusammentraten, alle Welt auf eine Verdoppelung der vier direkten Steuern gesezt war; können Sie sich jetzt einer Erhöhung entziehen, die durch unsere Finanzlage unabwieslich geboten ist? Gestatten Sie mir also, mit dem Wunsch zu schließen, daß ein möglichst einhelliges Votum die öffentliche Meinung über die Nothwendigkeit dieser, ich wiederhole es, außerordentlichen und temporären Steuern belehren möge. (Aushaltende Bewegung.)

Hr. Alfred Dupont beantragt, man solle sich durch die Mittheilungen der Regierung nicht betören lassen und erst alle älteren Steuervorschläge durchgehen.

Der Präsident der Republik: Wir sind damit vollkommen einverstanden und es könnte mit der Besteuerung der Handelsumsätze begonnen werden. Wir für unsern Theil halten an der Ueberzeugung fest, daß man mit der Rohproduktensteuer 170 bis 180 Millionen hätte erzielen können; da die Kommission nur zu 93 Millionen gelangte, so mußten wir subsidiarisch zum Salz und zu den direkten Steuern greifen. Die Salzsteuer wird sicher und die anderen Zuschläge werden hoffentlich ebenfalls nur vorübergehend sein.

Hr. Buffet: Es ist kein konstitutionelles Verfahren oder vielmehr das Umgekehrte eines solchen, daß die Kommission immer Steuervorschläge formuliren soll und die Regierung sich auf den Standpunkt der Kritik stellt. Zunächst müssen wir die Ziffer des Bedarfs genau feststellen; man spricht bald von 200, bald von 150 Millionen; ich glaube, sie wird sich auf 240 Millionen belaufen. Ich beantrage daher, die Vorschläge der Regierung einfach zur Prüfung an eine der beiden Budgetkommissionen zu verweisen.

Hr. Thiers: Die Regierung hat sich keineswegs auf den Standpunkt der Kritik beschränkt; da die Kommission mit ihren ewigen Verzögerungen und Aufschüben nichts zu Stande brachte, so sind wir mit unsern Vorschlägen hervorgetreten, die keiner Diskussion bedürfen. Wäre es nach mir gegangen, so hätten wir den ganzen Bedarf, den sich auf 200 Millionen beläuft, von den Rohstoffen erfordern; nun rechnet die Tariffkommission nur 93 Millionen heraus; der Rest müßte also anderwärts gesucht werden. Man erhebt sich auch noch gegen diese Ziffer. Wie? Das Land zählt 2400 Millionen Steuern und die Ziffer, die das Land nicht 93 Millionen beitragen können? Gleichviel,

eine Entscheidung kann nicht länger hingezogen werden, wofür nicht das Land sich in seiner theuersten Hoffnung getäuscht, oder auf lange Monate vertrübt sein soll. Man verweise unsere Vorlage an eine Kommission; aber in der Zwischenzeit kann die Kammer doch die ihr vorliegenden Projekte und also zuerst die Besteuerung der Handelsumsätze diskutieren. (Sehr gut links.)

In diesem Sinne beschließt man, die Regierungsvorschläge an die Budgetkommission von 1872 zu verweisen und die Debatte über die anderweitigen Projekte zu eröffnen und in folgender Reihenfolge zu führen: 1. Einkommensteuer, 2. Steuer auf die beweglichen Werthe, 3. Hypothekensteuer, 4. Steuer auf die Handelsumsätze.

Großbritannien.

London, 25. Juni. Ueber den Brief des Papstes an Kardinal Antonelli schreibt die „Morn.-Post“:

Der Brief ist dem äußern Anschein nach zwar ein Defensivzug. Sieht man aber näher zu, so findet man, daß wiederum ein Offensivzug mit einer Waffe aus der ultramontanen Rüstammer geführt worden ist. Der große Orden, welcher gegenwärtig seine Existenz in Central-Europa durch die Politik des Fürsten Bismarck bedroht sieht, befürchtet mit gutem Grunde die Folgen eines Angriffes aus nächster Nähe. Seiner eigenen Unpopularität bei Fürsten und Völkern bewußt, sieht er klare Vorteile darin, daß die gegen ihn selbst gerichtete Aneignung sich zu einem mehr allgemeinen Kampf entwickle, in welchem er mit allen andern Orden gemeinschaftlich Sache mache, ja sich mit dem Papstthum selbst identifiziren könnte. Die Söhne Loyola's verstehen ihre Betaliter, und es wird ihre Schuld nicht sein, wenn der von ihnen heraufbeschworne Zwiespalt sich nicht vergrößert und in der weiteren Umschweifung wirklich kathol. Interessen erregt und in der Weise wirkt, daß er selbst die Politik protestantischer Staaten beeinflusst.

Bei Christie, Meason & Woods sind die Schmuckfachen einer distinguirten Persönlichkeit, d. h. der Kaiserin Eugenie, bei sehr zahlreicher Betheiligung unter dem Hammer gebracht worden. Der Katalog bestand aus über 100 Nummern und die ganze Auktion erzielte mehr als 50,000 Pf. St. Den höchsten Preis, 5000 Pf. St., erreichte eine Brillantenbroche.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 26. Juni. Dem Verwaltungsrath des Badischen Landesvereins der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Zuwanderer ist von Seiten des in Berlin residirenden Central-Verwaltungsausschusses dieser Stiftung ein vom 16. d. M. datirtes Schreiben nachstehenden Inhaltes zugekommen:

Der geehrte Verwaltungsrath hat uns mittelst des Schreibens vom 18. Mai d. J. den ersten Rechenschaftsbericht des Badischen Landesvereins für die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für das Jahr 1871 zugehen lassen. Wir haben aus demselben mit größter Gemüthsruhe ersehen, mit welcher Begeisterung der Aufsatz zur Fürsorge für die Opfer des eben so glorreichen, wie blutigen Krieges im ganzen badischen Lande aufgenommen und welche hoch erfreulichen Resultate der Landesverein bei seinen Bestrebungen, unterstützt durch eine ausgezeichnete Vereinsorganisation und getragen durch die patriotische Opferwilligkeit der Bevölkerung des Landes, jetzt schon aufzuweisen hat. In dem wir dem Verwaltungsrath zu den bisherigen glänzenden Erfolgen Namens der Stiftung unsern Glückwunsch aussprechen, sind wir jetzt schon überzeugt, daß es demselben gelingen werde, unsere nationale Aufgabe im Bereiche seines Wirksamkeitssphäre zum reichen Segen der Braven, welche für das Vaterland ihre Gesundheit geopfert haben, und der Hinterbliebenen der gefallenen tapferen Krieger zum geistlichen Ende durchzuführen.

Karlsruhe, 27. Juni. Wir sind in der Lage, mittheilen zu können, daß die Badische Weibahn (Linie Jülich am Wald - Prag), welche bekanntlich in Folge der für kurzem stattgehabten Ueberschweimmungen unterbrochen war, nunmehr wieder in ihrer ganzen Ausdehnung zunächst für den Personen- und Gekadoverkehr eröffnet ist.

Karlsruhe, 27. Juni. (Schwurgericht.) Heute stand als letzter Fall die Anklage gegen Bierbrauer Geiger von hier wegen Meineids auf der Tagesordnung. Der Angeklagte wurde durch den Wahlprüf der Geschwornen für schuldig erklärt, daß er einen ihm in dem Rechtsstreite mit Friedrich Krumm von Bruchsal zugelegenen Eid, lautend: „es sei nicht wahr, daß er unter den angegebenen Bedingungen am 20. Juli v. J. mit Friedrich Krumm einen Vertrag über Verpachtung seiner Bierwirtschaft in der Kronenstraße abgeschlossen hat“, wissentlich falsch leistete, worauf der Gerichtshof eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr erkannte, unter Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren.

Aus Baden, 25. Juni. (Heidelberg. Ztg.) Zum Vertreter des Deutschen Reichs für den internationalen Gefängniß-Kongress in London ist der groß. badische Direktor des Männer-Zuchthaus in Bruchsal, Hr. Gert, ernannt worden.

Aus dem bad. Jagstthal, 23. Juni. (Zauber.) Gestern kam der Bischof Hefele auf seiner Reise von Mergentheim hier durch, um heute in Schöndal die Firmung vorzunehmen. Die Bewohner der 3 bräuhren badischen Orte waren zahlreich herbeigeeilt, um den hochgeachteten Mann ehrerbietig zu begrüßen, während die betreffenden geistlichen Herren, wie man hört, durch Berufsgeschäfte fern gehalten wurden. Dies mußte um so mehr auffallen, als in dem vorerwähnten Ort eine feierliche Begrüßung mit Musik, Geläute und Böllerschüssen stattgefunden und 2 Borreiter das Geleite bis zum nächsten Orte gegeben hatten. Man hört vielfach die Vermuthung aussprechen, daß man etwas Besonderes dahinter stecke; wahrscheinlich höre der Hr. Bischof zu der guten alten Richtung, welche von dem maßgebenden Herrn in Freiburg nicht gern gesehen werde und welcher auch der Geistliche in A. zugethan sein soll.

X Bühl, 26. Juni. Sonntag Abend 7 Uhr traf der Bistumsverweser E. K. K. von Schloß Nitterbach (Hr. v. Rint), wo er zum Diner geladen war, hier ein, und wurde unter Glockengeläute vom Gemeinderath, Stiftungsrath und Gesellenverein an das Pfarrhaus geleitet. Später erhielt er ein Festschändchen, wobei der Gesellenverein mehrere Choräle vortrug. Der Hr. Bischof dankte mit einigen Worten. Gestern ist derselbe von Böhmerthal aus nach Steinbach gereist. — Der Bau der neuen Stadtkirche, im Vorschlag von 100,000 fl., soll demnächst in Angriff genommen werden. — Am letzten Samstag hatte eine Arbeiterin der hiesigen Fabrik das Unglück, durch Unvorsichtigkeit vier Finger der rechten Hand zu verlieren. Sie mußte in's Spital gebracht und amputirt werden.

PROSPECT.

Thaler 3,390,000

5procent. Prioritäts-Stamm-Actien à 200 Thlr.

Sächsisch - Thüringischen Eisenbahn - Gesellschaft (Gera-Greiz-Plauen).

Concessionirt auf Grund eines zwischen den Staats-Regierungen des Königreichs Sachsen, des Großherzogthums Sachsen, sowie des Fürstenthums Reuß ä. L. abgeschlossenen Vertrages durch Höchstes landesherrliches Concessions-Decret d. d. Greiz, den 23. März 1872.

Die Sächsisch-Thüringische Eisenbahn wird von Wolfsgearth (bei Gera) das Elsterthal aufwärts über Berga, Greiz, Elsterberg, Plauen bis in die Gegend von Weischlitz geführt, und an den Endpunkten einerseits mit der Gera-Greizer Bahn, andererseits mit der Plauen-Delsnitzer Staatsbahn, endlich bei Greiz mit der Greiz-Branner Bahn in unmittelbaren Schienenanschluß gebracht.

Sie verbindet die Thüringische Eisenbahn in ihren Linien Halle-Zeitz, Leipzig-Zeitz und weiter Zeitz-Gera-Greiz, sowie die neu concessionirte Linie Weimar-Jena-Gera mit der königlich Sächsischen Staatsbahn Leipzig-Plauen, Hof und der Linie Leipzig-Eger und vermittelt daher den durchgehenden Verkehr zwischen Halle, Magdeburg, Hamburg, Lübeck, resp. Leipzig-Berlin einerseits und Eger dem nordwestlichen Knotenpunkte des Böhmisches Eisenbahnnetzes, resp. Regensburg-München andererseits, der bisher auf die königlich Sächsische Staatsbahn angewiesen war. Dieser letzteren gegenüber hat die Sächsisch-Thüringische Eisenbahn den doppelten Vorzug, daß sie einmal bei einer Länge von nur 7 1/2 Meilen die Tour zwischen Leipzig und Delsnitz um 1 1/2 Meile verkürzt und sodann bei einem eigenen Steigungsverhältniß von in maximo 1:150 die enormen Steigungen vermeidet, welche die königlich Sächsische Staatsbahn namentlich zwischen Gößnitz und Delsnitz zu überwinden hat. Dazu kommt, daß in Leipzig der Thüringische Bahnhof, von wo aus die Weiterfahrt für den durchgehenden Verkehr unter Benutzung der neuen Linie künftig stattfinden würde, in unmittelbarer Nähe des Berliner Bahnhofes liegt, während der Bahnhof der königlich Sächsischen westlichen Staatsbahn, von wo aus die Weiterfahrt von Berlin in der Richtung nach München hin gegenwärtig stattfindet, auf der dem Berliner Bahnhofe entgegengesetzten Seite liegt. In Folge dieses Umstandes würde der durchgehende Verkehr auf der neuen Linie den bedeutenden Zeitverlust vermeiden, der ihm durch die bisherigen Verhältnisse in Leipzig verursacht wurde.

Von besonderem Einfluß auf die Rentabilität der Bahn wird der Transport der Zwickauer Steinkohlen, der Verkehr in Produkten des Bergbaues (hauptsächlich Kohlen und Eisenstein) zwischen Zwickau und den einzelnen Stationen der Bahn Gera-Saalfeld-Greiz sein, da diese schweren Lasten auf der neuen Linie die bedeutenden Höhen und scharfen Kurven nicht zu passiren haben, welche ihnen auf den bisherigen Linien entgegentraten.

Die entwickelte und beständig wachsende Industrie der Städte Gera, Greiz, Plauen, Berga und Elsterberg, die großen und vortrefflichen Steinbrüche bei Berga, Eisensteingruben zwischen Elsterberg und Plauen, sowie die ausgedehnten Forsten auf der ganzen Linie sichern derselben einen lebhaften Localgüterverkehr, die Dichtigkeit der Bevölkerung des Bahngbietes und die zur Zeit nur noch wenig bekannten landschaftlichen Schönheiten des Elsterthals aber zugleich einen regen lokalen Personenverkehr.

Der Bau der vorgedachten Bahn, einschließlich der Verbindungsbahn bei Greiz, ist spätestens binnen drei Jahren von der am 23. März d. J. erfolgten Concessionsertheilung an hergestellt zu vollenden, daß sie ihrer ganzen Länge nach ordnungsmäßig in Betrieb gesetzt und erhalten werden kann, und es hat sich die königlich Sächsische Staatsregierung verpflichtet, in der gleichen Frist die Bahnstrecke Plauen-Delsnitz betriebsfähig herzustellen.

Die Ausführung des Baues und die betriebsfähige Herstellung der Bahn innerhalb jener Zeit hat die Baugesellschaft für Eisenbahn-Unternehmungen, Commandit-Gesellschaft auf Actien, S. Pleßner & Co. hier übernommen und ist durch die erfolgte Zeichnung des ganzen Grundkapitals gesichert.

Dieses Grundkapital besteht in 5,650,000 Thlr., und zwar: 2,260,000 Thlr. in Stamm-Actien und 3,390,000 Thlr. in Prioritäts-Stamm-Actien.

welche letzteren hierdurch zur Subscription gebracht werden.

Nach dem Statut erhalten die Inhaber der Prioritäts-Stamm-Actien während der Bauzeit 5 % Zinsen und nach erfolgter Inbetriebsetzung der Bahn eine Dividende von 5 % des Nominalbetrages vorweg, sowie gleichmäßigen Antheil an dem Reste des Reingewinns, nachdem die Stamm-Actien 6 % empfangen haben.

Sollte in einem oder dem andern Jahre der Reinertrag nicht ausreichen, um den Inhabern der Prioritäts-Stamm-Actien eine Dividende von 5 % zu gewähren, so wird das Fehlende aus dem Reinertrage des oder der folgenden Jahre unverzinst nachgezahlt und erhalten die Inhaber der Stamm-Actien nicht eher eine Dividende, als bis diese Nachzahlung vollständig geleistet ist.

Die auf die Actien der Sächsisch-Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft eingezahlten Gelder bleiben contractlich bei dem Berliner Bankverein deponirt. Derselbe leistet an den Bau-Unternehmer nur nach Maßgabe des nachgewiesenen Fortschritts des Baues Zahlung und löst die Zins-Coupons während der Bauzeit ein.

Statuten der Gesellschaft können bei allen Zeichenstellen entgegengenommen werden. Berlin, im Juni 1872.

Berliner Bankverein.

Bedingungen

der Subscription auf 3,390,000 Thaler 5proc. Prioritäts-Stamm-Actien der Sächsisch-Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft. (Gera-Greiz-Plauen.)

Die Subscription findet

Donnerstag, den 27. Juni und Freitag, den 28. Juni 1872

- gleichzeitig in Berlin bei dem Berliner Bankverein, Breslau bei der Breslauer Disconto-Bank Friedenthal & Co., Bremen bei der Agentur der niedersächsischen Bank, Köln bei dem A. Schaffhausen'schen Bankverein, Karlsruhe und Baden-Baden bei G. Müller & Cons., Danzig bei dem Danziger Bankverein, Dresden bei W. Schie Nachfolger und bei der Dresdener Wechsel-Bank, Erfurt bei Heinrich Moos, Frankfurt a. M. bei dem Frankfurter Bankverein, Gera bei der Geraer Bank und bei Gebr. Oberländer, Greiz bei J. & E. Schwarz, Hamburg bei L. Behrens & Söhne, Hannover bei der Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekbank, Abteilung Hannover, Halle a. S. bei G. J. Lehmann, Heidelberg bei Gebr. Zimmern, Königsberg i. Pr. bei der Königsberger Vereinsbank,

- Leipzig bei Frege & Co., Magdeburg bei Buchsperdt & Benschel, München bei Jos. v. Girch, Mannheim bei dem Pfälzer Bankverein, Plauen bei J. A. Schroeder, Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, Weimar bei der Weimarer Bank, Reiz bei J. F. A. Zörn während der üblichen Geschäftsstunden statt.

- § 2. Der Subscriptionspreis ist auf 86 Procent in Thaler-Währung festgesetzt. Außer dem Preise hat der Subscriber die Stückzinsen, welche vom 1. Juli dieses Jahres laufen, bis zum Tage der Abnahme zu 5 pCt. zu vergüten. § 3. Bei der Subscription ist eine Kaution von 10 pCt. des Nominalbetrages in Baar oder in guten nach dem Tagescourse zu veranschlagenden Effekten, welche an dem Orte der Subscription gangbar sind, zu deponiren. § 4. Die Abnahme der von der Sächsisch-Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft ausgestellten Interimscheine, welche ehestens in Originalstücke umgetauscht werden sollen, hat gegen baare Zahlung der Valuta bei der betreffenden Subscriptions-Stelle zwischen dem 5. und 20. Juli d. J. zu geschehen. Nach vollständiger Abnahme wird die hinterlegte Kaution verrechnet, resp. zurück-erstattet. § 5. Sollten die subscribirten Summen den aufgelegten Betrag überschreiten, so tritt eine verhältnißmäßige Repartition ein. § 6. Jeder Zeichner erhält über seine Anmeldung und Kautionleistung eine Bescheinigung, welche bei Abnahme der Stücke zurückgegeben wird.